

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus

Bremen, den 4.11.2013

Zu den jüngst vorgetragenen Angriffen gegen die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus durch Axel Strausdat, Mitglied der Burglesumer SPD-Beiratsfraktion und Martin Hornhues, Mitglied der Burglesumer CDU-Beiratsfraktion und der Ignoranz der BI-Ideen durch deren Beiratsfraktionen. Die Forderung der Initiative nach einer inhaltlichen Debatte über die Entwicklung eines öffentlichen Parkrandgeländes in der demokratischen und sozialen Stadt-Gesellschaft.

Man kann sich anhand des Baugesetzbuches und des gesunden Menschenverstandes fragen, wer sich im Falle der beabsichtigten, umstrittenen Wohnbebauung am Westrand des Knoop's Parks gesetzeskonform verhält und wer nicht. Im Baugesetzbuch § 3,1 heißt es hierzu:

„ § 3, 1 (1) Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. (...)“¹

Die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus spricht sich bekanntlich gegen eine Wohnbebauung dieses von drei Baumreihen eingeschlossenen Grüngeländes aus. Sie kann sich hier ein Umweltbildungsprojekt in Verbindung mit einem Mehrgenerationen-Begegnungsraum vorstellen, so dass Impulse für eine Zukunfts-Gesellschaft gesetzt werden würden und der kulturhistorisch bedeutende Knoop's Park als Naherholungsraum vor einer schleichenden Aufsiedlung bewahrt bliebe. Es sollte aus ihrer Sicht und im Sinne des Baugesetzbuches eine breite, öffentliche Debatte darüber erfolgen, ob man diesen öffentlichen Raum für die verschiedenen Bürgergruppen von Stadtteilbewohnern und Besuchern von außerhalb erhält, aufwertet und der Allgemeinheit zur Verfügung stellt oder ihn einer Wohnbebauung zuführt.

Martin Hornhues, CDU Burglesum sollte seinen kürzlichst durch einen Pressebericht veröffentlichten und der BI zugeordneten Satz „Gestaltungsfreiheit besteht dabei innerhalb des gesetzlichen Rahmens“² daher einmal in der Lesart des Baugesetzbuches lesen – und sich die Frage stellen, warum er sich mit dieser Art von Gestaltungsfreiheit, nämlich mit einer anderen Lösung zur Entwicklung eines Gebietes als einer Wohnbebauung nicht auseinandersetzen will.

Ortsamtsleiter und SPD-Mitglied Florian Boehlke ließ es in einer §3,1-Versammlung am 16.4.2013 bezüglich der im Baugesetzbuch erwähnten Unterrichtung der Öffentlichkeit über „sich wesentlich unterscheidenden Lösungen“ des westlichen Knoop's Park-Geländes und der „Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung“ bekanntlich an jeglicher Neutralität vermissen. Er versuchte den Eindruck zu vermitteln, es gehe nur noch um das Wie der Bebauung, da politische Gremien hierüber bereits entschieden hätten. Auf diese Weise versuchte er das Projekt

¹ Siehe: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bbaug/gesamt.pdf>, S. 15

² In: „Streit um die Bürgerbeteiligung“, Die Norddeutsche, 15.10.2013, S. 1

Wohnbau als alternativlos darzustellen und unterdrückte als Moderator eine gesetzlich vorgeschriebene Erörterung.³

Eine Fortsetzung dieses Politik-Stiles der Ignoranz der BI-Ideen fand dann im nichtöffentlichen Sprecherausschuss am 3.5.2013 statt. Bettina Hornhues, CDU Burglesum, verschränkte nach den durch die BI-Sprecher kompetent vorgetragenen Argumenten⁴ einfach ihre Arme und sagte zu den Sprechern der BI wörtlich: „Da wird gebaut, basta!“. Ohne dies differenziert zu begründen. Eine „enge Bürgerbeteiligung“ eines künftigen Prozesses, wie von Axel Strausdat für die SPD in seiner jüngsten Pressemitteilung bzw. im Pressebericht vom 12.10.2013⁵ und von Martin Hornhues für die CDU im obigen Presse-Bericht behauptet, wurde in dieser Sitzung gegenüber den BI-Sprechern nicht erwähnt.

Axel Strausdat ließ in seiner jüngsten Pressemitteilung bzw. durch den genannten Presse-Bericht mehrfach verlautbaren, die Initiative zeige sich nicht kompromissbereit und versucht den Eindruck zu erwecken, die Initiative würde sich „trotz intensiver Gespräche“ quasi „bockig“ verhalten. Umgekehrt wird ein Schuh 'draus:

Reinhard Hennig für die Burglesumer SPD⁶ war im Sprecherausschuss nicht bereit, sich mit den BI-Argumenten auseinanderzusetzen und verwies nur auf den mangelnden Einfluss der Beiräte gegenüber den Bürgerschaftsabgeordneten.

Im übrigen scheint Axel Strausdat nicht zu erkennen, dass bei unterschiedlichen Lösungen zur Entwicklung eines Gebiets, die wie hier im Raum stehen, zunächst einmal der Konflikt das Wesen der Demokratie ausmacht und anhand der konträren Positionen eine eingehende Debatte geführt werden sollte – am besten nicht im „basta“-Stil. Mit der Formulierung „trotz intensiver Gespräche“ versucht Strausdat überdies den Eindruck zu erwecken, als hätte die BI einen Beratungsbedarf und müsse quasi zur Vernunft gebracht werden. Warum er das nur von Seiten der Initiative produktiv geführte Gespräch am 3.5. im Sprecherausschuss, bei dem er nicht zugegen war, dabei als „intensiv“ bezeichnet, bleibt der Initiative ein Rätsel.

Man muss sich also weiterhin fragen, warum Burglesumer SPD und CDU

- den Versuch unternehmen, die Planungen am Westrand des Knoop's Park alternativlos zu halten
- den Versuch unternehmen, die Ideen der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus nach wie vor zu ignorieren, obwohl sie im Sinne des Baugesetzbuches dazu verpflichtet wären, sich mit ihnen auseinanderzusetzen
- den Versuch unternehmen, die Initiative als „die Kompromisslosen“ in ein schlechtes Licht zu rücken
- den Versuch unternehmen, die über 2750 Unterschriften aus der Bevölkerung für eine ergebnisoffene Debatte zu ignorieren.

Eine öffentlich geführte Debatte, in der die Beiratsfraktionen der SPD und CDU differenziert ihre Argumente darlegen, warum sie sich an diesem öffentlichen Ort für

³ Siehe unsere Pressemitteilungen vom 1.7. und 5.7.2013 und die Presse-Berichte „Initiative schlägt Moderator vor“ vom 8.7. 2013 (Die Norddeutsche) und „Neutraler Boehlke?“ vom 10.7.2013 (Das BLV)

⁴ Siehe Protokoll dieser Sitzung in unserer Pressemitteilung vom 30.6.2013

⁵ In „Kritik an Bürgerinitiative in St. Magnus“, Die Norddeutsche, 12.10.2013, S. 3

⁶ Axel Strausdat nahm an dem Gespräch im Sprecherausschuss am 3.5.2013 nicht teil

eine Wohnbebauung und gegen eine anderweitige Aufwertung des Geländes für die Allgemeinheit aussprechen, fehlt nach wie vor. Sie wäre aber im Sinne des Baugesetzbuches und im Sinne eines eingehenden Abwägungsprozesses vor allem im Hinblick auf die besondere Lage des Geländes zu führen. Dass die Beiratsfraktionen von SPD und CDU den Versuch unternehmen, die Bürgerinitiative in ein schlechtes Licht aufgrund ihrer „Kompromisslosigkeit“ zu rücken zeigt, dass, sie diese öffentliche Debatte scheuen und sich anscheinend genauso wenig in der Lage sehen stichhaltige Argumente für eine Aufsiedelung des Knoop's Park differenziert und öffentlich vorzubringen und zu verteidigen, wie auf die Argumente der Initiative inhaltlich und differenziert einzugehen. Diese unfruchtbare Politik im „Basta- und Buhmann“-Stil lehnt unsere Initiative entschieden ab.

Man muss sich ferner fragen, ob Axel Strausdat und Martin Hornhues nicht willens oder nicht in der Lage sind zu erkennen, dass es am Westrand des Knoop's Park beispielhaft um die Fragen geht, ob in der demokratischen und sozialen Stadt-Gesellschaft ein Gelände für die Öffentlichkeit oder für einige wenige private Nutznießer entwickelt werden sollte und wie man diesen Abwägungsprozess führt und zu einer Entscheidung kommt.

Die Sprecher der Initiative

Olaf Brandtstaedter	Dr. med. Harry Maretzke
Buddestr. 8/10	Billungstraße 16
28215 Bremen	28759 Bremen
bra@uni-bremen.de	harry@maretzke.net